

TOP 2: Bundesratsinitiative zur Aufhebung des Transsexuellengesetzes sowie zur Erarbeitung eines Gesetzes zur Anerkennung der Geschlechtsidentität und zum Schutz der Selbstbestimmung bei der Geschlechterzuordnung

- Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz -

Beschluss:

1. Der Ministerrat beschließt, den Entschließungsantrag zur Aufhebung des Transsexuellengesetzes sowie zur Erarbeitung eines Gesetzes zur Anerkennung der Geschlechtsidentität und zum Schutz der Selbstbestimmung bei der Geschlechterzuordnung in den Bundesrat einzubringen.
2. Das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz erhält in Abstimmung mit der Staatskanzlei im Hinblick auf das weitere Verfahren mit anderen Ländern im Bundesrat Redaktionsvollmacht.

Erläuterungen:

Der Entschließungsantrag für den Bundesrat fordert im Wesentlichen die Bundesregierung auf, zeitnah einen Entwurf für ein „Gesetz zur Anerkennung der Geschlechtsidentität und zum Schutz der Selbstbestimmung bei der Geschlechterzuordnung“ als Ersatz für das fachlich überholte und vom Bundesverfassungsgericht teilweise als verfassungswidrig erklärte Transsexuellengesetz (TSG) vorzulegen. Die Bundesratsinitiative knüpft inhaltlich an die wissenschaftlichen Gutachten an, die im Januar 2017 der Interministeriellen Arbeitsgruppe der Bundesregierung zum Schwerpunkt „Inter- und Transsexualität“ im Auftrag des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) vorgelegt wurden.